

Im Brennpunkt

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

in der Silvesternacht wurde in Augsburg ein Feuerwehrmann gezielt mit einer Rakete angeschossen und verletzt. Die Rakete traf ihn am Hinterkopf. Kollegen der Berufsfeuerwehr, die ihm helfen wollten, wurden ebenfalls mit Silvesterkrachern und -raketen beschossen und behindert. Ich bin tief erschüttert über diese Gewalt gegen Menschen, die sich in den Dienst am Nächsten stellen – Menschen, die auch an Tagen, an denen alle anderen feiern und ihr Leben unbeschwert genießen können, bereit stehen, um Mitmenschen in Not zu helfen. Und leider ist der Angriff in Augsburg kein Einzelfall. Immer wieder werden Angehörige der Feuerwehren, der Polizei, der Rettungsdienste und freiwilligen Hilfsorganisationen oder des THW Opfer von Angriffen. Dies dürfen wir nicht hinnehmen! Wir müssen die besser schützen, die uns schützen!

Derartige Verhaltensweisen schaden dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und dem Gemeinwohl. Sie weisen gegenüber sonstigen Taten einen erhöhten Unrechtsgehalt auf. Das Strafrecht muss daher deutlicher als bisher zum Ausdruck bringen, dass die Gesellschaft Straftaten gegen Personen, die für die Funktionsfähigkeit des Gemeinwesens bedeutsame Aufgaben wahrnehmen, nicht duldet. Die Verbesserung des strafrechtlichen Schutzes für Polizeibeamte und andere Einsatzkräfte bei tätlichen Angriffen ist mir persönlich, aber auch der gesamten bayerischen Staatsregierung daher schon länger ein großes Anliegen. Ich habe mehrfach die Einführung einer Mindestfreiheitsstrafe gefordert und mich auch für eine Erweiterung des tatbestandli-

chen Anwendungsbereichs ausgesprochen, damit alle Angriffe auf Polizeibeamte und Einsatzkräfte unter Strafe gestellt werden, die im Zusammenhang mit der Dienstausbübung erfolgen. Ich bin sehr froh, dass ich mich in Gesprächen mit den Koalitionspartnern in Berlin hierzu im vergangenen Jahr im Grundsatz einigen konnte. Das Bundesjustizministerium hat bereits einen entsprechenden Entwurf zur Änderung des Strafgesetzbuches erarbeitet. Die Länder haben Gelegenheit erhalten, sich zu den Vorschlägen des Bundes zu äußern. Im Bayerischen Kabinett sind wir uns einig, dass für tätliche Angriffe eine Mindestfreiheitsstrafe von 6 Monaten vorgesehen werden soll – insbesondere dies werden wir vom Bund einfordern.

Angriffe auf Helferinnen und Helfer zeugen von einer Respektlosigkeit, die mich fassungslos macht. Das selbstlose Engagement der Polizistinnen und Polizisten, sowie der Einsatzkräfte in Feuerwehren, Rettungsdienst und Katastrophenschutz verdient uneingeschränkten Respekt und Anerkennung. Dies gilt in besonderem Maße für die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, die ihre Freizeit einsetzen, damit wir alle in Bayern sicherer leben. Bayern braucht solche Menschen – Menschen wie Sie! Vielen Dank für Ihr zupackendes, uneigennütziges und hochprofessionelles Engagement!

Ihr



Joachim Herrmann, MdL
Staatsminister

